

1200 Meter

Abstand zu den Wohnvierteln

Ratsentscheidung zum Thema Windkraft

Von Martin Weiske

Hagen. Der politische Sturm um die Zukunft der Windenergie in Hagen scheint erst einmal abzuklingen. Der Rat hat am Donnerstagabend in der letzten Sitzung dieses Jahres sich mit breiter Mehrheit (47:10 gegen die Stimmen der Grünen und einzelner Mandatsträger) auf eine Abstandsregelung für die Windkraftvorrangzonen in Hagen verständigt. Demnach soll in Ortslagen mit reiner Wohnbebauung der Abstand zu Windrädern mindestens 1200 Meter betragen. In Mischgebieten soll eine Grunddistanz von 550 Metern gelten, zu der sich noch ein topographischer Zuschlag aufaddiert, der sich aus den örtlichen Geländetopographien und der jeweiligen Anlagenhöhe errechnet. Bei Anlagen im Außenbereich reduziert sich die Grunddistanz auf 450 Meter plus den topographischen Zuschlag. Zudem hat sich die Politik darauf verständigt, dass die Gesamthöhe neuer Windenergieanlagen (Nabenhöhe plus Rotorradius) auf 150 Meter begrenzt wird.

Grüne zeigen sich enttäuscht

„Somit ist der Windenergie substanzieller Raum gegeben“, argumentierte der CDU-Fraktionsvorsitzende Stephan Ramrath auch im Namen von SPD, Hagen Aktiv, FDP, BfHo/Piraten sowie den Linken, die gemeinsam für diese Lösung stimmten.

„Damit nutzt die Politik die Bewertungsspielräume aus und berücksichtigt zudem die Rechtsentwicklung“, meinte Ramrath und kritisierte gleichzeitig die in seinen Augen mangelhafte Qualität der Verwaltungsvorlage. Diese favorisierte eine Abstandsregelung zu Wohnbauflächen von 750 Metern. SPD-Fraktionschef Claus Rudel sprach zudem von dem gelungenen Versuch, die Interessen der Bevölkerung und der Energiewende ausgewogen zu berücksichtigen.

„Ich hätte mir mehr Mut gewünscht“, zeigte sich hingegen Grünen-Ratsherr Rainer Preuß nach siebenjähriger, zum Teil äußerst emotionaler Diskussion in der Politik sowie in der Bevölkerung von dem Mehrheitskompromiss enttäuscht.

„Dies ist eine Entscheidung nach dem St.-Florians-Prinzip“, hätte sich seine Fraktion eine deutlich offensivere Ausweisung von Flächen für Windenergieanlagen in Hagen gewünscht. Mit dieser Entscheidung werde die Energiewende nur allzu halbherzig verfolgt, so Preuß.

Verwaltung erwartet Klagen

Die Hagerer Bauverwaltung wehrte sich gegen den Vorwurf, sie habe mit ihrer Vorgehensweise gegen Bürgerinteressen gehandelt.

„Unser Ziel ist es immer gewesen, mit Vorrangzonen Steuerung zu betreiben“, machte Planungsdezernent Thomas Grothe deutlich. Gleichzeitig kritisierte er, dass die jetzt getroffene Entscheidung der Politik unpräzise, wenig rechtssicher und somit kaum umsetzbar sei. Obendrein signalisierte der Stadtbaurat, dass mit erfolgreichen Klageverfahren zu rechnen sei, die den Beschluss der Politik aushebelten.